

# Gesetzesparagrafen statt Leitsätze

**Wirtschaftspolitik** Regierungsrat lässt sich von der Ablehnung im Parlament nicht beirren

**Der Absturz, den der Regierungsrat mit dem Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik am Dienstag im Grossen Rat erlitten hatte, war brutal. Doch die Regierung lässt sich nicht beirren: Sie hält an ihren ambitionierten Zielen fest und geht schnurstracks an die Umsetzung der Leitsätze.**

#### BALZ BRUDER

Auch langjährige Beobachter des Parlamentsbetriebs konnten sich nicht erinnern, Regierungsrat Kurt Wernli nach einer Debatte derart aufgebracht gesehen zu haben. Nicht zu übersehen: Der Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Innenes ärgerte sich fürchterlich über die Ablehnung des Planungsberichts. Und liess seinem Ärger freien Lauf – insbesondere über die SVP: «Diese Partei kann sich ab sofort nicht mehr als wirtschaftsfreundlich bezeichnen. Sie ist vielmehr eine Verhinderungspartei», meinte der federführende Regierungsrat an die Adresse der SVP, die im Verbund mit der sich ebenfalls verweigernden SP den Absturz des hochfliegenden Wirtschaftspapiers zu verantworten hatte.

#### Regierung: «Strategie gilt»

Am Tag danach tönte es dann schon etwas moderater, aber immer noch bestimmt. Konkret: Der Regierungsrat befasste sich an seiner ordentlichen Mittwochsitzung mit dem Debakel vom Vortag. Und teilte danach formvollendet mit: «Der Regierungsrat vertritt auch nach der gestrigen Debatte im Grossen Rat die Haltung, dass es eine unveränderte klare wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik braucht.» Deshalb: «Die dem Grossen Rat vorgelegte Strategie hat ihre Gültigkeit nicht verloren», betont der Regierungsrat. Und das bedeutet: Basierend auf den im Parlament unbestrittenen Leitsätzen des Planungsberichts wird die Regierung nunmehr die Umsetzung an die Hand nehmen. Will heißen: «Die politische Diskussion über die wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik soll im Rahmen von Umsetzungsvorlagen zu den einzelnen Leitsätzen weitergeführt werden.» Das heißt: Die Regierung verzichtet nach ihrem wirtschaftspolitischen Waterloo auf eine neuerliche Vorlage des Planungsbe-



**KEIN KONSENS ÜBER DEN PLANUNGSBERICHT** FDP-Vertreter Ruedi Jost, Daniel Heller, Peter Schuhmacher und Thierry Burkart (von rechts) am vergangenen Dienstag im Gespräch mit SVP-Fraktionschef Andreas Glarner (2. von links). CHRISTOPH IMSENG

#### Update

**ABGELEHNT** Der Grosser Rat hat den 90-seitigen Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik mit den 12 Leitsätzen am Dienstag mit 51 zu 45 Stimmen abgelehnt. Die SVP lehnte das Papier geschlossen ab, die SP enthielt sich weitgehend, während FDP, CVP, EVP und Grüne mehrheitlich zustimmten. Wobei von 140 möglichen Stimmabgaben blieben 96 erfolgt, was mit bedenklichen Präsenzlücken in den Fraktionen zusammenhangt. (BBR.)

richts und steigt direkt ins Gesetzgebungsverfahren für einen Standortförderungserlass ein. Was nach Aussage von Marcel Bolz, Chef des regierungsräthlichen Rechtsdiensts, möglich ist, zumal aus der Ablehnung des Planungsberichts keine Richtlinie für die Gesetzgebung abgeleitet werden könnte. Der Regierungsrat ist rechtlich demnach nicht gebunden – sein Vorgehen

misst sich allein an politischen Einschätzungen.

#### SVP: «Ausdruck der Arroganz»

Gar nicht auf Gegenliebe stösst die Sofortreaktion der Regierung auf den ablehnenden Entscheid bei der von Wernli massiv angegriffenen SVP: Fraktionschef Andreas Glarner spricht von einem «Ausdruck der Arroganz», dass der Regierungsrat am Tag nach seiner Abfuhr im Grossen Rat seine Politik verteidigt. «Das ist der falsche Weg», sagt Glarner – und zeigt sich erstaunt darüber, dass der SVP mit Volkswirtschaftsdirektor Wernli ausgerechnet ein ehemaliges SP-Mitglied erklärt, was wirtschaftsfreundlich ist und was nicht. Die SVP fordert denn auch «konkretes Handeln statt schöner Worte». Und das bedeutet: «Abbau der Bürokratie, weniger Auflagen und Vorschriften, tiefere Gebühren, Steuern und Abgaben, schnellere Bewilligungen und ein wirtschaftsfreundliches Umfeld.» Oder, wie sich Glarner ausdrückt: «Wir brauchen für die Wirtschaft eine

schlanke Rahmenpolitik, aber keine übermässige Einmischung des Staats.» Ganz abgesehen davon, dass die Legiferierung mit Leitsätzen «äussert problematisch» sei. Denn mit wenig sagenden Sätzen könne die Regierung Massnahmen umsetzen, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprächen. Nichtsdestotrotz werde sich die SVP weiter um die Wirtschaftspolitik kümmern, aber sicher nicht nach der Pfeife des Regierungsrats tanzen: «Lassen wir die Wirtschaft arbeiten und sorgen wir dafür, dass sie möglichst wenig behindert wird», umreisst Glarner sein Credo.

#### FDP: «Risikoreich unterwegs»

Kritisch äusserst sich auch FDP-Fraktionschef Daniel Heller: «Der Regierungsrat hat es versäumt, im Planungsbericht den Grundsatzentscheid abzuholen, ob der Aargau eine Wirtschaftspolitik eher über eine Politik der guten Rahmenbedingungen (Steuern, Finanzen, kurze Verfahren, liberaler Arbeitsmarkt usw.) oder eine Politik der staat-

**PLANUNGSBERICHT ADE** Brisanter Vorstoß von SP-Fraktionschef Markus Leimbacher: Wenn es nach seinem Willen geht, soll das umstrittene WOV-Instrument Planungsbericht ersatzlos gestrichen werden. Wie er der MZ gegenüber bestätigte, wird er voraussichtlich am 13. November eine Motion einreichen, welche die ersatzlose Streichung des von Regierung und Parlament uneinheitlich eingesetzten Instruments vorsieht. (BBR.)

lichen Interventionen (Wirtschaftsförderung, Standortförderungsgesetz) verfolgen soll.» Es sei daher offen, ob die Akzeptanz für eine solche ausreichend ist. Für Heller ist deshalb klar: «Der Regierungsrat ist ab sofort risikoreich unterwegs – trotz Zustimmung zu den einzelnen Leitsätzen. Nicht äussern möchte sich nach der Ablehnung des Planungsberichts die CVP – sie verwies vielmehr auf ihre Vorstoß-Triplett in der Sache (vgl. Kontext auf dieser Seite).

#### AIHK: «Dringlichkeit hoch»

So oder anders: Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), bedauert, dass für die Wirtschaftspolitik nach wie vor eine strategische Definition fehlt. «Der Staat muss für gute Rahmenbedingungen sorgen und ein Marketing dafür betreiben, aber er darf nicht interventionistisch auftreten», sagt Lüscher. Und er hofft, dass die Wirtschaftspolitik mit der Ablehnung des Planungsberichts nicht vom Tisch ist. «Die Dringlichkeit bleibt hoch», betont der AIHK-Direktor.

## Weitere Vorstösse zur Wirtschaftspolitik

Noch bevor bekannt war, dass der Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik die Gnade des Parlaments nicht finden würde, reichte die CVP-Faktion drei wirtschaftspolitische Vorstösse ein, die sie Mitte September bereits an einer Wahlveranstaltung mit Bundesrätin Doris Leuthard angekündigt hatte. Ein Versprechen, das die Partei – unter veränderten Rahmenbedingungen allerdings – nunmehr einlässt. Erstens befasst sich die CVP in einem Postulat mit der Konzentration des Aargauer Standortmarketings auf die rasche und zielgerichtete Ansiedelung von wertschöpfungsintensiven Branchen und Firmen. Mit dem Vorstoß wird der Regierungsrat aufgefordert, die im (abgelehnten) Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik formulierten Ziele konsequent umzusetzen. Zweitens regt die CVP in einer Interpellation Liberalisierungsschritte im Banken- und Energie-

markt an – insbesondere auch im Hinblick auf die Expansionsfähigkeit und die Verbesserung der Wertschöpfung der Unternehmen. Nachdem sich die Diskussionen bisher ausschliesslich um finanzielle Aspekte von Teilprivatisierungen gedreht haben, soll der Fokus nun auf die daraus resultierenden unternehmerischen Perspektiven gelegt werden. Drittens beauftragt die CVP den Regierungsrat mit einer Motion, das im Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen verankerte Nettoprinzip bei der Steuerung des Aufgaben- und Finanzplans und der Globalkredite dahingehend so zu modifizieren, dass dem Bruttoaufwand bei den Beschlüssen des Grossen Rates ein grösseres Gewicht kommt. Durch die Steuerung der Aufwandentwicklung soll eine dauerhafte Stabilisierung oder gar Senkung der Staatsquote erreicht werden. (BBR.)